



ELER - Zahlungsantrag

für ELER - Fördermaßnahmen des Bundeslandes Sachsen-Anhalt
Umsetzung von Vorhaben im Rahmen der lokalen Entwicklungsstrategien
nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Umsetzung von LEADER
sowie über die Verfahrensgrundsätze von CLLD und LEADER in Sachsen-Anhalt (Richtlinie LEADER).
(FP 7102)

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen!

EU-Betriebsnummer (BNR-ZD, 12stellig) <table border="1"><tr><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td></tr></table>													Posteingangsstempel
Name, Vorname / Betriebsbezeichnung													
Ort													
Empfänger (zuständige Behörde)	Anzahl Anlagen												
	Eingang im PEB registriert: 510=Zahlungsantrag 514=VWN												

Antragstellerstammdaten	Der Stammdatenbogen ist nur einmalig mit dem ersten Antrag für Fördermaßnahmen des EGFL oder ELER im Kalenderjahr einzureichen.
<input type="checkbox"/> Der aktuell gültige Stammdatenbogen ist beigelegt.	
<input type="checkbox"/> Ich/Wir habe/n den aktuell gültigen Stammdatenbogen bereits eingereicht.	
Richtlinienbezeichnung	Richtlinie LEADER
Förderprogramm	FP 7102
Aktenzeichen	
Kurzbezeichnung des Vorhabens	
Zuwendungsbescheid vom	
bewilligte Zuwendung (Euro)	
<input type="checkbox"/> Zahlungsantrag ELER	Nr. des Zahlungsantrages <input type="text"/>
Zuwendungsfähige Ausgaben (mit MwSt.) lt. Rechnungsblatt:	Euro <input type="text"/>
Beantragte Zuwendung:	Euro <input type="text"/>

Ich/Wir beantrage/n die Auszahlung der Zuwendung als

- Teilbetrag für fertiggestellte abrechenbare Teile des Vorhabens,
 Schlusszahlungsbetrag, da das Vorhaben vollständig abgeschlossen ist,

auf Grundlage der in der Anlage „Rechnungsblatt“ erfassten Rechnungen und der von mir/uns darin als förderfähig gekennzeichneten Ausgaben.

Die Anlage „Rechnungsblatt“ wird eingereicht

- in Papierform
- in elektronischer Form

Hinweise:

Für die Anforderung der Zuwendung ist als Anlage das Formular „Rechnungsblatt“ zu verwenden. Das Rechnungsblatt kann in Papierform oder elektronisch eingereicht werden. Die „Hinweise zum Erstellen von Rechnungsdaten zum Zahlungsantrag (ELER) für den Import in das EDV-System der Bewilligungsbehörde“ sind zu beachten. Die Unterlagen erhalten Sie bei der Bewilligungsbehörde, außerdem sind die Dateien im Internetportal Elektronischer Agrarantrag in Sachsen-Anhalt (ELAISA) unter <http://www.elaisa.sachsen-anhalt.de>, Stichwort Investitionsförderung Ländlicher Raum/Formulare/ Informationen hinterlegt.

Weiterhin besteht die Möglichkeit, den Zahlungsantrag im Online-Verfahren einzureichen. Ebenfalls im o. a. Internetportal ELAISA unter dem Stichwort Investitionsförderung ländlicher Raum/Elektronischer Zahlungsantrag kann nach erfolgter Registrierung am Onlineverfahren zum Einreichen eines Zahlungs-antrags teilgenommen werden. Bei diesem Verfahren sind der Bewilligungsbehörde ein unterzeichneter Datenträgerbegleitschein und die originalen Rechnungen und Zahlungsnachweise zu übersenden.

Mit dem geförderten Vorhaben wurde am begonnen.

Hinweise:

Als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrags zu werten. Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Bodenuntersuchung und Grunderwerb nicht als Beginn des Vorhabens, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck der Zuwendung.

Durch das Vorhaben werden Nettoeinnahmen nach Art. 61 Verordnung (EU) Nr. 1303/2013¹ (ABL. L Nr. 347 S. 320) erwirtschaftet

(Nettoeinnahmen bedeuten Zuflüsse von Geldbeträgen, die unmittelbar von den Nutzern für die im Rahmen des Vorhabens bereitgestellten Waren und Dienstleistungen gezahlt werden, wie beispielsweise Gebühren, die unmittelbar von den Nutzern für die Benutzung der Infrastruktur, den Verkauf oder die Verpachtung/Vermietung von Grundstücken oder von Gebäuden entrichtet werden, oder Zahlungen für Dienstleistungen, abzüglich der im entsprechenden Zeitraum angefallenen Betriebskosten und Wiederbeschaffungskosten für kurzlebige Anlagegüter. Im Rahmen des Vorhabens erwirtschaftete Einsparungen bei den Betriebskosten werden als Nettoeinnahmen behandelt, es sei denn, sie werden durch eine entsprechende Kürzung der Betriebsbeihilfen ausgeglichen).

- ja während der Vorhabensdurchführung nach Vorhabensdurchführung
- nein.

¹ In der jeweils geltenden Fassung

Erklärungen

Mir/Uns ist bekannt, dass

- die Zahlungen auf Grundlage der durch Verwaltungs- und Vor-Ort-Kontrollen ermittelten förderfähigen Beträge berechnet werden,
- eine Differenz von > 10 % zwischen den von mir/uns angegebenen förderfähigen Beträgen und den von der Bewilligungsbehörde als förderfähig ermittelten Beträgen zu einer Verwaltungssanktion gemäß Art. 63 Verordnung (EU) Nr. 809/2014¹ (ABl. L 227 S. 69) führt,
- Verstöße gegen Zuwendungsvoraussetzungen, Verpflichtungen und Auflagen zu einer vollständigen oder teilweisen Ablehnung der Förderung nach Art. 35 Verordnung (EU) Nr. 640/2014¹ (ABl. L 181 S. 48) führen können,
- Beträge, die aufgrund von Kürzungen und Verwaltungssanktionen nicht ausgezahlt werden, gemäß Art. 56 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013¹ (ABl. L 347 S. 549) für das Vorhaben nicht mehr zu Verfügung stehen,
- die Bewilligungsbehörde jederzeit weitere Unterlagen anfordern kann.

Anlagen

<input type="checkbox"/>	Rechnungsblatt
<input type="checkbox"/>	Rechnungen und Kontoauszüge im Original
<input type="checkbox"/>	Vergabeunterlagen im Original (sofern noch nicht eingereicht)
a) Bei öffentlichen Auftragsvergaben:	
<input type="checkbox"/>	Bekanntmachung (Veröffentlichung im e-Vergabe-Portal, ggf. EU-Amtsblatt, sonstiges)
<input type="checkbox"/>	Vergabeunterlagen bestehend aus dem Anschreiben, den Bewerbungsbedingungen, den Vertragsunterlagen
<input type="checkbox"/>	Protokoll über die Angebotsöffnung einschließlich Bieterlisten
<input type="checkbox"/>	Angebote/ Nebenangebote aller Bieter
<input type="checkbox"/>	Formblätter und Eigenerklärungen gemäß LVG LSA und Verordnung Formularwesen ²
<input type="checkbox"/>	Dokumentation einschließlich der Prüfung und Wertung der Angebote sowie Vergabevorschlag
<input type="checkbox"/>	Absageschreiben an die unterlegenen Bieter
<input type="checkbox"/>	Auftragserteilung / Vertrag
<input type="checkbox"/>	Losweise Auflistung der Vergaben
<input type="checkbox"/>	Bieterfragen und Antworten
<input type="checkbox"/>	Ggf. eingegangene Rügen
<input type="checkbox"/>	Beschluss des zuständigen beschließenden Organs zur Auftragsvergabe/ Entscheidung der zuständigen Stelle über die Auftragsvergabe
<input type="checkbox"/>	Begründung für Abweichung vom Regelverfahren
<input type="checkbox"/>	Vertragsänderungen / Sonderleistungen einschließlich Begründung im Zuge der Ausführungsphase
<input type="checkbox"/>	Erklärung Interessenkonflikte von jedem, der an einer beliebigen Phase des Vergabeverfahrens beteiligt war
<input type="checkbox"/>	Sonstiges

² Verordnung über die Anwendung des Formularwesens bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge vom 30.04.2013, GVBl. LSA 2013, S. 190

b) nur bei Einholung von Mindestangeboten/Direktkauf (öffentliche Auftraggeber)

- Aufgabenstellung³
- Alle Angebote /Preisvergleich von mindestens 3 Anbietern oder 1 Angebot bei vorgeschaltetem Auswahlverfahren
- Bei vorgeschaltetem Auswahlverfahren entsprechende Unterlagen / Nachweise (z.B. Bieterliste/Rotationsliste, Dokumentation des Verfahrens)
- Dokumentation einschließlich Vergabevorschlag
- Beschluss zur Vergabe / Mitzeichnung²
- Absageschreiben an unterlegene Bieter, sofern gesetzlich vorgesehen (beachte LVG)
- Zuschlagsschreiben / Auftragserteilung
- Erklärung Interessenkonflikte von jedem, der an einer beliebigen Phase des Vergabeverfahrens beteiligt war

c) Bei privaten Antragstellern⁴:

- Mindestens 3 vergleichbare und zum Zeitpunkt der Auftragsvergabe gültige Angebote für jedes Los
- Dokumentation⁵
- Begründung bei Abweichung vom Regelfall

Auf das „Merkblatt Vergabe für private und öffentliche Antragsteller im Rahmen von ELER-/EGFL-Förderprojekten“ wird hingewiesen.

- zum ersten Zahlungsantrag: Kopie der Bewilligungsbescheide der Kooperationspartner
- zum ersten Zahlungsantrag: Nachweis der Einhaltung der Informations- und Kommunikationsvorschriften
- zum letzten Zahlungsantrag: Formular „Bescheinigung des Steuerstatus bei einem Fördervorhaben“ des zuständigen Finanzamtes
- zum letzten Zahlungsantrag: Nachweis der ausgewogenen Kostenverteilung des Vorhabens zwischen den Partnern (z.B. Rechnungen)

Verwendungsnachweis

Ich/Wir weise/n mit diesem Formular den Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung der Zuwendung nach.

- Der Zuwendungszweck wurde erreicht.

Anlagen

- Sachbericht
-

Ort, Datum

Unterschrift der/s Antragsteller/s/Vertretungsberechtigten

³ Entfällt bei Direktkauf

⁴ sofern kein öffentliches Vergabeverfahren durchgeführt werden muss

⁵ z.B. anhand des Musters Anlage 2 im Merkblatt Vergabe